



<b>Beschlussvorlage öffentlich</b>	Vorlage-Nr: <b>VO/2021/089</b>	
- öffentlich -	Datum: 20.10.2021	
Fachdienst Regionalentwicklung	Ansprechpartner/in: Röhrig, Tom	
	Bearbeiter/in: Röhrig, Tom	
<b>Antrag der Fraktion der Partei DIE LINKE zur Beauftragung der Konzeption und Vorstellung eines Sozialticket-Modells</b>		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
27.10.2021	Regionalentwicklungsausschuss	Beratung

**Beschlussvorschlag:**

Ergibt sich aus dem beigefügten Antrag.

**1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:** Entfällt.

**2. Sachverhalt:**

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem in der Anlage beigefügten.

**Relevanz für den Klimaschutz:**

Dieser Sachverhalt ergibt sich ebenfalls aus dem beigefügten Antrag.

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Anlage/n:**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**Kreistagsmitglieder**

Anissa Heinrichs  
Maximilian Reimers

**bürgerliche Fraktionsmitglieder**

Elisa Rudolf  
Petra Eichhorn-Stangl  
Arbaz Malik  
Hans-Werner Machemehl  
Sebastian Heck

Kaiserstraße 8  
24768 Rendsburg  
Telefon 04331 335753  
Telefax 04331 535754  
kreistag@inke-rdeck.de

DIE LINKE, Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde · Kaiserstraße 8 · 24768 Rendsburg

An die Vorsitzende  
des Regionalentwicklungsausschusses  
des Kreises Rendsburg-Eckernförde  
Frau Anke Göttsch

## **Antrag zur Beauftragung der Konzeption und Vorstellung eines Sozialticket-Modells**

Sehr geehrte Frau Göttsch,

die Fraktion der Partei DIE LINKE beantragt:

Die Mitglieder des Regionalentwicklungsausschusses empfehlen dem Kreistag, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept für ein Sozialticket für Bürger\*innen im Kreis Rendsburg-Eckernförde nach den folgenden Kriterien zu konzipieren und dem Ausschuss hierzu Umsetzungsvarianten sowie die geschätzten Kosten darzustellen:

- Adressatenkreis, der sich am Nettoeinkommen – d.h. Menschen mit geringem Einkommen bzw. die Transferleistungen beziehen – orientiert
- unbürokratische und nichtstigmatisierende Ausgabe
- Möglichkeit zum Erhalt von Monats-Zeitkarten oder Einzelfahrscheinen
- bei Monats-Zeitkarten darf der Preis nicht höher als die im Regelleistungssatz des SGB II veranschlagte Summe für Nahverkehrsleistungen sein, bei Einzelfahrscheinen soll sich der reguläre Fahrtpreis mindestens halbieren

Zur Begründung:

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat mit der zum 01.01.2021 umgesetzten Veränderung des Verkehrsmodells (von „Überlandtransport mit Bussen“ hin zu „Verzahnung mit dem Schienenverkehr“) das System des ÖPNV reformiert. In diesem Zuge sind – folgerichtig – einige Verbindungen weggefallen und dafür viele hinzugekommen; am Ende hat sich die Versorgung der Bevölkerung in der Breite verbessert.

Gleichwohl stehen wir vor der Situation, dass der ÖPNV im Kreisgebiet für viele Menschen unerschwinglich ist. Bedenkt man, dass beispielsweise im Regelsatz für Mobilität lediglich knapp 40 Euro vorgesehen sind, können bereits zwei Fahrten im Monat von Eckernförde nach Kiel – was für Arztbesuche nicht unüblich ist – das komplette Budget ausschöpfen; alle anderen Mobilitätsbedürfnisse sind darin noch nicht einmal enthalten.

Verschärft wurde diese Situation insbesondere dadurch, dass die – quasi unter einem historisch gewachsenen »Bestandsschutz« - stehenden „Nur Bus“-Tarife vielerorts entfallen sind. So können sich Menschen, für die Preis und nicht Geschwindigkeit im Fokus steht, auch nicht anderweitig behelfen – unabhängig davon, ist eine 2-Klassen-Mobilität ohnehin natürlich ein gesellschaftspolitisch völlig falsches Signal.

Nicht nur große, kreisfreie Städte wie Berlin, Hamburg oder Frankfurt am Main nutzen mittlerweile hierfür das Instrument des Sozialtickets, sondern auch Flächenkreise wie der Landkreis Dahme-Spreewald oder der Landkreis Teltow-Fläming bieten Bürger\*innen eine Möglichkeit, auch mit kleinem oder keinem eigenem Einkommen die eigenen Mobilitätsbedürfnisse bedienen zu können.

Ein Sozialticket ist somit keine »urbane Träumerei«, sie ist unserer Auffassung nach insbesondere in einem Flächenkreis von besonderer Bedeutung. Hier muss es das Interesse von Politik sein, allen Bürger\*innen den Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr zu ermöglichen; insbesondere auch denen, die ansonsten von der Mobilität komplett abgeschnitten wären.

Auch klimapolitisch könnte ein Sozialticket dazu beitragen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Kreisgebiet weiter zu reduzieren und die Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen. Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen sind leider darauf angewiesen, »dienstaltes« Fahrzeuge zu nutzen; obwohl gerade sie viele emissionsintensive Kurzstreckenfahrten machen – KiTa, Arbeit, Arztbesuche, Einkäufe. Diese Fahrten könnten entfallen, wenn Ticketpreise derart gestaltet würden, dass die Fahrten mit dem ÖPNV nicht teurer wären als Unterhalt und Betrieb eines eigenen PKWs.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag der Kreistagsfraktion



(Sebastian Heck)